



Kurpark – quo vadis?

Am 8. Februar 2004 wurde die vom team baden ins Leben gerufene „Kurpark-Initiative“ von den Badener Stimmberechtigten gegen den Willen von Stadt- und Einwohnerrat deutlich angenommen. Was ist seither passiert? Ein Rück- und ein Ausblick.

Von Tomislav Kokot

Die Hauptforderung der Initiative besteht in einem absoluten Bauverbot in den geschützten öffentlichen Parks (Kurpark, Friedhof Bruggerstrasse, Villa Burghalde). Ausnahmen dürfen nur für nicht kommerzielle Bauten, Spielplätze sowie für temporäre Bauten – beispielsweise für Feste – gemacht werden. Auslöser für die Initiative war der geplante Neubau des Stadtcasinos im Kurpark. Nach der Ankündigung keimte massiver Widerstand gegen das Projekt auf, in der Folge wurde ein neues Projekt erarbeitet. Nachdem die «Kurpark-Initiative» eingereicht worden war und der Abstimmungstermin feststand, wurde dieses Baugesuch vom Stadtrat voreilig bewilligt.

Der Kanton ist anderer Meinung als der Stadtrat

Bald nach der Annahme der Initiative

setzte sich eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der Stadt und des Initiativkomitees zusammen, um die Forderungen umzusetzen.

Im Dezember 2004 wurde die voreilig erteilte Baubewilligung vom Regierungsrat des Kantons Aargau allerdings aufgehoben. Der Bau sei ein schwerwiegender und irreversibler Eingriff in den Kurpark und gefährde damit auch die Umsetzung der Kurpark-Initiative.

Nun half sich der Stadtrat mit einer geschickten «Schlaumeierei»: Unter Protest der Vertreter des Initiativkomitees wurde die Fläche, auf welcher der Neubau zu stehen kommen sollte, einfach aus dem Schutz entlassen und als nicht mehr schützenswert erklärt. Somit wurde ein Teil des geschützten Parks zur «normalen» Grünfläche...

Hauptsache, der Rubel rollt?

Zwei wichtige Gründe sprechen gegen dieses Vorgehen: Erstens widerspricht das Aberkennen des Schutzstatus dem Grundgedanken der Kurpark-Initiative. Das Ziel war, die Parks besser gegen solche Bauprojekte zu schützen. Zweitens ist dieses Vorgehen auch aus planerischer Sicht fraglich: Ein Grundsatz der Raumplanung heisst, dass sich

diese nie auf Einzelinteressen abstützen sollte. Eine Ausnahme für eine einzelne Firma macht keinen Sinn. Was ist, wenn in zehn oder zwanzig Jahren – was niemand hoffen will – das Stadtcasino groundet oder keine Konzession mehr erhält? Die alten, geschützten Bäume sind dann unwiderruflich weg... Als «Tauschgeschäft» wird nun vom Stadtrat vorgeschlagen, den Kurpark gegen die Römerstrasse hin zu erweitern. Ob dies je realisierbar sein wird – diese Erweiterung würde den Abriss von drei Gebäuden an bester Wohnlage bedingen – ist jedoch ungewiss: Ein entsprechender Kredit müsste vom Einwohnerrat genehmigt werden.

Ein von den Initianten geforderter Runder Tisch brachte keine Lösung, nicht zuletzt weil sich sowohl die Stadtcasino AG wie auch der Stadtrat trotz massiver Proteste und dem deutlichen Zeichen der Badener Stimmberechtigten nicht im geringsten kompromissbereit zeigten.

Bitte Volkswillen beachten!

Wie geht es weiter? Das gesetzliche Rahmenwerk für die Umsetzung der Kurpark-Initiative ist die Bau- und Nutzungsordnung der Stadt Baden. Diese wird nach einem im Sommer



durchgeführten Mitwirkungs- und Einspracheverfahren nochmals angepasst und soll im Dezember dem Einwohnerrat vorgelegt werden. Eventuell – so hat der Stadtrat angekündigt – werde diese auch zur Volksabstimmung kommen. So hätten wenigstens die Stimmberechtigten der Stadt Baden das letzte Wort.

«Ob ein Ja zur Initiative das Aus für den Annexbau bedeutet, ist nicht geklärt. [...] Ein Ja zur Initiative ist MÖGLICHERWEISE ein Nein zum Neubau der Stadtcasino AG.» So schrieben die Initianten in der Abstimmungszeitung. Die einzige Möglichkeit, wie die Kurpark-Initiative über-

haupt einen Einfluss auf den Neubau haben konnte, ist nun eingetreten: Mit der Aufhebung der Baubewilligung durch den Regierungsrat des Kantons Aargau muss das Baugesuch jetzt neu beurteilt werden.

Dass der Stadtrat versucht, diesen Bau auf Biegen und Brechen doch noch zu ermöglichen, wird wohl von manchen als Respektlosigkeit gegenüber dem Volkswillen angesehen.

Tomislav Kokot ist Mitinitiant der Kurpark-Initiative und Einwohnerrat des team baden

Unten durch

Baden baut. Viel und oft. Warum das sowohl gut als auch schlecht ist, und warum gute Lösungen auch etwas kosten dürfen, lesen Sie hier.

Von Christian Isler

Die grossen Bauprojekte der letzten Legislaturperiode haben vor allem nördlich der Innenstadt stattgefunden. In der neuen Legislaturperiode steht der Stadt und Ihren Bewohnerinnen und Bewohnern eine neue grosse Baustelle bevor: Der Schulhausplatz soll neu gestaltet, der Verkehr neu geführt und das Leben den Fussgängern und Fahrradfahrern einfacher gemacht werden.

Der Schulhausplatz ist ein wichtiger Verkehrsknoten, und die planerischen Rahmenbedingungen sind eher eng, trotzdem oder gerade deswegen hat sich das team einige Überlegungen gemacht, wie ein neuer Schulhausplatz aussehen soll:

Der ÖV hat Vortritt...

Der Stadtrat verspricht: «Ein neuer Schulhausplatz darf nicht zu einem höheren Verkehrsaufkommen führen.» Das team meint: im Gegenteil, durch eine klare Förderung des Öffent-

lichen- und des Langsam-Verkehrs könnten sogar Frequenzen abgebaut werden. Der Stadtrat ist Garant dafür, dass das Verkehrsaufkommen mindestens stabil gehalten wird und die Interessen der Stadt und ihrer Bewohner berücksichtigt werden. Wir fordern, dass dies nicht nur Versprechungen bleiben, sondern dass sich der Stadtrat mit aller Kraft beim Kanton einbringt, um diese auch in die Realität umzusetzen.

...nebst Velos und Fussgängern!

Je grösser der kollektive Nutzen eines Verkehrsmittels ist, desto höher soll es priorisiert werden. Busse sollen unbehindert Vorfahrt haben, Fahrradfahrer sollen sicher und effizient über den Platz kommen und Fussgängerinnen dürfen nicht in dunkle Unterführungen verbannt werden.

SchulhausPLATZ!

Den Schulhausplatz wieder zum Platz machen: Während Jahren war der Schulhausplatz ein «richtiger» Platz vor dem Eingang der Altstadt. Erst seit der Schulhausplatz in den 50er Jahren sein heutiges Gesicht bekommen hat, wurde der eigent-



liche Platz vor das Bezirksgebäude verbannt, wo er heute vor allem als Parkplatz für die Kantonspolizei und das Gericht dient. Wir wollen einen Schulhausplatz, der seinen Namen verdient: Der Verkehr lässt sich problemlos in Richtung Bezirksgericht verlegen, somit kann der Raum vor der Weiten Gasse der Bevölkerung zurückgegeben werden. So entsteht ein neuer zentraler Platz in der Innenstadt – ideal für Fastnacht und Badenfahrt; und im Sommer wird das gastronomische Bermudadreieck um den Cordulaplatz verlängert.

Unter Platzgestaltung versteht das team – und wahrscheinlich auch Sie – etwas anderes als die Bauwerke, die in unserer Stadt

in den letzten Jahren entstanden sind. Wir wollen weder einen zweiten Trafoplatz mit einbetonierten Bäumen, noch eine Betonwüste, wie sie vor dem Bahnhof entstanden ist. Ein Platz gehört in erster Linie der Bevölkerung, deshalb soll sie sich auch in den Gestaltungsprozess einbringen dürfen. Wer weiss, vielleicht entsteht so ein neuer Lieblingsplatz für uns Badener!

Flankierende Massnahmen

Seit Jahren kämpft das team dafür, dass der Öffentliche Verkehr in der Mellingerstrasse und in den anderen Zubringerachsen bevorzugt behandelt wird. Mit der Fertigstellung der dritten Baregg-Röhre wäre die

Chance da, die Mellingerstrasse wesentlich zu entlasten und den Busverkehr stadteinwärts mittels einfachen Tricks zu verflüssigen. So besteht zum Beispiel die Möglichkeit, bestehende Busbuchten aufzuheben. Die Busse würden somit auf der Strasse halten, Autos könnten nicht mehr am wartenden Bus vorbeifahren – diese Autos ständen am Schulhausplatz folglich nicht mehr vor, sondern hinter dem Bus, was in Spitzenzeiten ein wesentlicher Zeitgewinn für die Pendler bedeuten würde.

Beherrzte Forderungen

Die Gemeinde Frauenfeld hat einen grossen Kreisel unter den Boden verlegt. Klar, dass ein solches Bauwerk einiges kostet. Das team ist aber überzeugt, dass die städtebauliche Bedeutung des Schulhausplatzes genügend Gewicht hat, ein solches Unterfangen zu rechtfertigen. Wir fordern, dass eine gestaltungsoptimierte Lösung klar über eine kostenoptimierte zu stellen ist: gute Lösungen dürfen auch etwas kosten.

Christian Isler, Altstadt, ist Mitglied der Planungskommission und Einwohnerratskandidat des team baden

